

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/14

Bonn, den 21. Januar 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| Seite | | Zeilen |
|-------|------------------------------|--------|
| 1 | <u>Störenfried Ostberlin</u> | 43 |

Wachsendes Vertrauen zur Friedenspolitik der Bundesrepublik

| | | |
|---|---|----|
| 2 | <u>Spätaussiedler und Familienzusammenführung</u> | 41 |
|---|---|----|

Es geht nicht um Politik, es geht um Schicksale

Von Hermann Ahrens, MdB

| | | |
|-------|------------------------------|----|
| 3 - 4 | <u>Die "kühle" Konferenz</u> | 88 |
|-------|------------------------------|----|

Das Commonwealth behauptet sich

Von Hans Joachim Werbke, London

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Nach dem verschleppten deutschen Flüchtling gefragt
Verhandlungen ohne Vorbedingungen
Alternativen der siebziger Jahre
Wegen Reise nach Israel verdächtigt
Den 21. August 1968 nicht vergessen
Kattowitz, Allenstein und Oppeln
Ostdeutsche Städte im Fernsehen
Ostpreussen ins Gespräch gebracht
Handelsbesprechungen mit der Tschechoslowakei

* * *

Störenfried Ostberlin

Wachsendes Vertrauen zur Friedenspolitik der Bundesrepublik

sp - In Ostberlin wird man immer nervöser. Die gegenwärtige Steigerung der Propagandawelle gegen die Bundesrepublik wird nach in Bonn vorliegenden sehr gewissenhaften Informationen auf die Tatsache zurückgeführt, daß sich seit etwa einem Jahr das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der DDR in den meisten Staaten ständig verbessert, auch in den neutralen Staaten. Zurückzuführen ist dies auf die Erkenntnis, daß nicht mehr Bonn bei den Bemühungen um eine Entspannung des Ost-West-Verhältnisses in Europa, sondern Ostberlin als der Störenfried gilt.

- * War es noch im Jahre 1967 der Ostberliner Propaganda mög-
- * lich, die Bonner Regierung als den "ewigen Neinsager" bei
- * Versuchen zum Abbau der Spannungen zwischen Ost und West
- * und besonders zwischen den beiden Teilen Deutschlands dar-
- * zustellen, wird heute Ostberlin ohne Umschweife als der
- * eigentliche Störenfried betrachtet.

Übereinstimmend haben die Botschaften der Bundesrepublik in den letzten Monaten gemeldet, daß die beständigen und durch keine Provokation von Ostberlin zu beeinträchtigenden Versuche der Bundesregierung, die Verhältnisse zur normalisieren und konsequent Beiträge zur Erhaltung und Sicherung des Friedens in Europa zu leisten, nicht ohne Eindruck geblieben sind. Man erkennt in den betreffenden Staaten, die heute die Bundesrepublik nicht mehr als Störenfried betrachten, zwar die wirtschaftliche Leistung der DDR an und ist auch bereit, Handelsbeziehungen zur DDR auszuweiten, legt jedoch in Gesprächen mit Verhandlungspartnern aus Ostberlin Wert auf die Feststellung, daß man von östlichen Propagandaaktionen gegen die Bundesrepublik verschont zu bleiben wünscht.

Sondierungen haben ergeben, daß die Bemühungen der Bundesregierung um ein besseres Verhältnis auch zur Ostberliner Regierung ohne Zweifel politisch honoriert werden, und daß auch in dieser Beziehung der Regierungswechsel im Spätherbst 1966 nicht ohne günstige Auswirkungen für die Gesamtbeurteilung der Bundesrepublik Deutschland in der Welt geblieben ist.

Darüber hinaus gibt es konkrete Anzeichen dafür, daß die Regierungen mehrerer neutraler Staaten in Ostberlin ihrem Befremden darüber Ausdruck gegeben haben, mit welcher selbstmörderischen Methoden das SED-Regime jeden Ansatz zur Überwindung der Ost-West-Schwierigkeiten in Europa durch ihr eigenes Verhalten stört. Im Zentralkomitee der SED bestehen Meinungsverschiedenheiten darüber, wie das zunehmende Vertrauen zur Bundesrepublik in der Welt wieder abgebaut werden kann. Man schwankt zwischen einer noch härteren Gangart und einer "auf sachliche Berührungspunkte bezogene Politik der Realitäten ohne das Verlangen nach staatsrechtlicher Bestätigung der Teilung Deutschlands".

+ + +

Spätaussiedler und Familienzusammenführung

Es geht nicht um Politik, es geht um Schicksale

Von Hermann Ahrens, MdB

Auffallend rückläufig geworden ist die Übersiedlung und Familienzusammenführung deutscher Staats- und Volkszugehöriger aus den Vertreibungsgebieten und den Staaten Südosteuropas. Während in der Zeit von 1950 bis etwa 1966 im Durchschnitt jährlich um die 30 000 Umsiedler über die Grenzdurchgangslager in die Bundesrepublik kamen, waren es 1967 nur noch 26 475 und 1968 gar nur 23 397 Deutsche, denen die Übersiedlung gelang.

Dabei warten, nach ganz groben und natürlicherweise ungenauen Schätzungen, noch über 600 000 Menschen auf die Genehmigung ihrer Anträge, die ihnen die Umsiedlung in die Bundesrepublik und die Zusammenführung mit ihren Familien gestattet. Man spricht davon, dass allein in der Sowjetunion etwa 210 000 offene Ausreiseanträge gestellt wurden. In den von Polen verwalteten deutschen Ostgebieten sind es etwa 280 000. Die Fälle, die sich auf engste Familienzusammenführung beziehen, werden mit 70 bis 80 000 angegeben. In den Staaten Südosteuropas sind die Zahlen natürlich kleiner und die Verhältnisse unterschiedlich; aber auch hier besteht das Problem gleichermaßen.

Die Gründe, aus denen über zwanzig Jahre nach dem Kriege eine so umfangreiche Umsiedlungsbewegung genährt wird, sind nur zu einem kleinen Teil rationell zu erfassen. Natürlich üben die besseren Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik ihre Anziehungskraft aus und die soziale Sicherheit hierzulande ist ein nicht zu unterschätzender Faktor. In vielen Fällen werden Gründe dieser Art auch offen zugegeben. Aber im eigentlichen sind es doch emotionelle Ursachen, die den Wunsch wecken, ihren einst vertriebenen Landsleuten und Familienangehörigen nachzuwandern. Sie entziehen sich weitgehend verstandesmäßiger Beurteilung. Es ist Heimweh, Vereinsamung; es ist die fremde Kultur, die sie in steigendem Maße umgibt, die andere Sprache. Es sind Probleme menschlicher Art, die mit politischen Maßstäben nicht messbar sind.

Darum entzieht sich der Komplex ungelöster Fragen auch dem Spannungsfeld zwischen Ost und West. Es geht hier nicht um Politik, sondern um Schicksale. Das Problem ist nicht politisch, weil es humanitär und den ethischen Bereichen selbstverständlicher Menschlichkeit zuzuordnen ist.

Wir haben bisher nur unzureichend geholfen, vielleicht auch nicht helfen können. Doch hat es den Anschein, als ob auch ernsthafteste Versuche unterblieben sind. Allein die Zuständigkeit von sechs Bundesministerien mit insgesamt vierundzwanzig Referaten, die damit verbundene Zersplitterung und die bürokratischen Widerwärtigkeiten, lassen erkennen, dass die Frage in ihrer vollen Bedeutung nicht gewürdigt worden ist.

+ + +

Die "kühle" Konferenz

Das Commonwealth behauptet sich

Von Hans Joachim Werbke, London

Als "kühle Konferenz" begann sie und blieb sie bis zum Ende - die 17. Commonwealth-Konferenz seit dem Krieg. Rund 800 Millionen Menschen unterschiedlichster Hautfarbe, Religion, politischer Staatsformen wurden von 24 der insgesamt 28 Regierungs- und Staatschefs repräsentiert (und auch die Abwesenden waren nicht ohne Grund abwesend). Das Resümee ist ein redseliges 23-seitiges Kommuniqué. Die Verschiedenheiten der Auffassungen wurden kurzerhand vom Konferenztisch aufs geduldige Papier übertragen. In der Praxis kommt dem, was da niedergelegt wurde, verhältnismäßig wenig Bedeutung zu. Commonwealth-Konferenzen haben keine Beschlusskraft. Jede Regierung ist hinterher so frei wie zuvor, ihre eigene Politik zu verfolgen.

Das exemplarisch Britische am Commonwealth, obwohl es längst das Attribut "britisch" hat fallen lassen, ist seine Mannigfaltigkeit, die sich jedem Versuch zur Gleichschaltung erfolgreich widersetzt. Insofern ist das Commonwealth eine natürlich gewachsene, noch immer sich entfaltende Gemeinschaft höchst eigener Prägung, zusammengehalten von Geschichtserfahrungen, Überkommenen und Übernommenen Traditionen und sehr erklärten wechselseitigen Interessen. Seine Sonderform begnügt sich mit dem Austausch von Informationen, Ratschlägen, Meinungen. Staatsmänner lernen in ihm die Hohe Schule der Diplomatie und Politik, weil sie miteinander reden und im Gespräch die Horizonte vom bloß Regionalen zum Globalen erweitern.

Darum kommt es überhaupt nicht darauf an, ob in dieser oder jener Frage Einigung erzielt wurde. Paradoxe Weise ist die Lebensfähigkeit dieses seltsamen Völkerbundes mit seinem Clubstil immer dann besonders evident, wenn die Spannungen groß sind und als solche gewahrt bleiben. Das versteht man nicht, wenn man kontinentale Maßstäbe anlegt, Logik, Klarheit, Perfektion. Britisches Wesen - das gilt auch für ehemalige Kolonialgebiete, die sich da hochgepusert haben - blüht am holdesten, wo der Kuhhandel von Wunsch und Wirklichkeit sich reibungslos vollziehen kann und in der Praxis Lösungen zustande bringt, die von größerer Dauer zu sein vermögen als die klüglich ausgetüftelten.

Der Lobgesang auf das Commonwealth und die ihm innewohnenden Prinzipien muß vorweg angestimmt werden, weil die nüchterne Aufzählung der Konferenzergebnisse eher einer trostlosen Bilanz des Negativen gleichkäme. Weder in bezug auf Rhodesien, noch auf den Bürgerkrieg in Nigerien, noch auf die Rassenbeziehungen (im "Mutterland" wie in den ehemals abhängigen Gebieten) hat die Konferenz etwas zustande gebracht, was als unmittelbares Resultat Bewunderung erregen würde. Aber mit der freimütigen Darlegung der sich

21. Januar 1969

siedlern. Im ganzen kamen 1968 aus den unter polnischer Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten und Polen 8.298 (1967:10.694) Deutsche in die Bundesrepublik. Das Ministerium in Hannover bemerkt dazu: "Auffallend ist das Ansteigen der Zahl der Übersiedler aus dem Raum Allenstein. Nach Berichten von Übersiedlern dürfte es auf eine Personalveränderung bei der Kreismiliz des dortigen Raumes zurückzuführen sein. Immer wieder wird auch festgestellt, daß Rentner größere Ausreisechancen haben als arbeitsfähige Personen. Kann ein Betrieb den Ausreisewilligen als Arbeitskraft nicht entbehren, so ist ein positiver Bescheid über den Ausreiseantrag kaum zu erwarten."

s.u.e.

Ostdeutsche Städte im Fernsehen

Aus der Produktionsplanung der Ost-West-Redaktion beim Westdeutschen Rundfunk geht hervor, daß im Jahre 1969 für das Programm des Deutschen Fernsehens Filme über Breslau, Stettin, Danzig und Königsberg gedreht werden sollen. Wie Jürgen Rühle der Presse gegenüber mitteilte, soll in diesen Filmen die deutsche Vergangenheit und die heutige polnische und sowjetrussische Situation dieser Städte vorgeführt werden. Ein Fernsehfilm über Siebenbürgen wird am 5. März im Deutschen Fernsehen zu sehen sein, Drehbuchautor ist der durch seine Filme über die Sowjetunion und die baltischen Staaten bekannt gewordene Journalist Olik Breckoff.

s.u.e.

Ostpreußen ins Gespräch gebracht

Hans Hellmut Kirst, 1914 in Osterode in Ostpreußen geboren, Erfolgsautor mit einer die Millionengrenze längst übersteigenden Auflage zahlreicher Bücher, heute in Feldafing am Starnberger See zu Hause, hat im Hamburger Verlag Hoffmann und Campe das Buch "Deutschland ohne Ostpreußen" veröffentlicht. In dreißig Kapiteln beschreibt und umschreibt Kirst ebenso liebevoll wie auch wieder distanziert Ostpreußen und seine Menschen, ihre Eigenarten und Schwächen, den unverwechselbaren Reiz des Landes und was es an Großem überliefert hat. "Ein Buch voller Vorurteile" heißt der Untertitel und es ist ein Buch voller verliebter Vorurteile geworden. Ostpreußen mit Immanuel Kant und Käthe Kollwitz, um nur zwei Namen herauszugreifen, wieder ins Gespräch gebracht zu haben, ist das größte Verdienst dieses sich gefällig anbietenden und ausgezeichnet von Erich Behrendt illustrierten Bandes.

s.u.e.

Handelsbesprechungen mit der Tschechoslowakei

Am 20. Januar begannen in Bonn Handelsbesprechungen mit der Tschechoslowakei, im Februar werden solche mit Ungarn folgen. Mit Ausnahme der Sowjetunion und Rot-China werden dann mit allen Ostblockstaaten Vereinbarungen für 1969 vorliegen. Der Handel zwischen der Bundesrepublik und der Tschechoslowakei hat sich 1968 gut entwickelt. Die Einfuhr aus der Tschechoslowakei steigerte sich 1968 für den Zeitraum von Januar bis Oktober um 82 Millionen auf 360,8 Millionen DM. Die Ausfuhr in die Tschechoslowakei nahm für den gleichen Zeitraum um 128 Millionen DM zu. Eine Steigerung der Ausfuhr in Staaten des Ostblocks ist außer für die Tschechoslowakei nur noch für die Sowjetunion und Polen zu registrieren, gegenüber Rumänien, Bulgarien und China ist sogar eine Ausfuhrminderung eingetreten. Im allgemeinen ist der Anteil der Ausfuhr in den Ostblock im Verhältnis zum gesamten Export 1968 von fünf auf 4,4 Prozent gesunken, während die Einfuhr, gemessen an der Einfuhr insgesamt, mit 4,1 Prozent nahezu konstant geblieben ist.

s.u.e.

nicht deckenden Standpunkte ist durchaus etwas Positives erreicht. Den Beteiligten wird Spielraum gelassen, und dem Urteil der Geschichte wird es anheim gegeben, später einmal den Spruch darüber zu fällen, wer die Entwicklung richtig gesehen und dementsprechend richtig gehandelt hat, Harold Wilson und seine vier Mit-Abweichter, die die Vorschläge zur Lösung der Rhodesienkrise, wie sie auf dem Kreuzer Fearless niedergelegt wurden, als die einzig mögliche Alternativpolitik anstelle des nackten Waffengebrauchs betrachten oder die 23, die das an ihnen allen selbstverständlich praktizierte NIBMAR-Prinzip ("Keine Unabhängigkeit vor Mehrheitsherrschaft") auch in Rhodesien angewendet sehen wollen. Premierminister Wilson ist der Auffassung, daß seine Vorschläge zur Lösung der Verfassungskrise Rhodesiens den NIBMAR-Grundsatz und die anderen sechs britischen Prinzipien enthalten, auf denen eine legal gewährte Unabhängigkeit für die Kolonie Rhodesien fassen muß. Er sieht sich gerechtfertigt in dem stärker werdenden Hervortreten einer gemäßigten Oppositionspartei gegenüber dem Smith-Regime innerhalb Rhodesien. Die von Ungeduld und Radikalität bestimmte Haltung der nicht mit Wilson Übereinstimmenden Commonwealth-Partner könnte Hoffnungen zunichte machen.

Überhaupt gibt es einen gewissen Doppelstandard, namentlich bei ostafrikanischen Vertretern. Kenya, Uganda, aber auch Tansania und Sambien haben sich nicht bereitgefunden, einem Komitee zuzustimmen, das den Komplex "Rassenbeziehungen und Wanderungs- (= Umsiedlungs-) Bewegungen" in Angriff nimmt und vorsorgliche Maßnahmen rechtzeitig signalisiert, bei abgehenden wie aufstrebenden Ländern. Mit ihrer Afrikanisierungspolitik, so begreiflich sie aus Wählerwägungen erscheint, machen sich die Afrikaner ebenso des Rassismus schuldig, dessen sie die Briten bezichtigen. Das Recht ist auf ihrer Seite (und wiegt schwer gegen die Briten), wenn sie darauf verweisen, daß die Asiaten, die während der Unabhängigkeitsverhandlungen der ostafrikanischen Länder mit britischen Pässen - aber nicht länger dem Einreiserecht auf die britischen Inseln! - ausgestattet wurden, der Verantwortung Britanniens unterliegen. Aber bei gutem Willen und Rassentoleranz, die sie von den Briten erwarten, könnten sie eine Humanität herauskehren, die Beispiel gebender Art ist.

Menschlichkeit lassen sie auch in einer ureigen-afrikanischen Situation vermissen, nämlich bei der Behandlung des Bürgerkrieges in Nigeria. Kein Commonwealth-Führer machte ernsthafte Anstrengungen, die von der Tagesordnung überhaupt ausgeklammerte Friedens- oder wenigstens Waffenstillstandssuche zu fördern. Ein paar Pflichtübungen in Öffentlichkeitsarbeit zur Beruhigung des Gewissens der heimischen Öffentlichkeit, ein paar lose Kontakte zur Landesdelegation und den Sendboten Biafras gab es, aber keinen Versuch, (etwa mittels Aufstellung einer Commonwealth-Truppe) dem Blutvergießen Einhalt zu gebieten. Die feindlichen Seiten bleiben so weit auseinander wie zuvor. Und das Commonwealth als Ganzes in dieser Frage ohne Ruhm.